

Die wirtschaftlichen Nöte der Schweiz.

Milchpreis und Bundesrat.

Die schwere wirtschaftliche Krise der Schweiz, gegen deren offenen Ausbruch der Bundesrat seit langem ankämpft, scheint nun doch zu einer Entladung führen zu sollen. Die Sozialdemokratie droht, wie schon berichtet, mit einem Generalstreik. Den konkreten Anlaß zu dieser Bewegung, vielleicht den letzten Anstoß, bildete die Erhöhung des Milchpreises, gegen die die schweizerische Sozialdemokratie aufs schärfste Stellung nahm. Nach monatelangen Kämpfen hat, wie kürzlich in der „Vossischen Zeitung“ berichtet, der Nationalrat eine Art Kompromiß in der Milchpreisfrage beschlossen, dem die Sozialdemokratie nur halb zugestimmt hat. Aber selbst wenn eine bessere Lösung gefunden worden wäre, so ist vielleicht der Generalstreik verhindert, der Bundesrat aber in seiner Stellung so geschwächt, daß er Milchsachen weiter Anstürmen, zu denen die ernste Lage ja täglich mehr oder weniger belangreiche Vorwände bietet, dauernd standzuhalten.

Auch die Milchfrage ist bei aller Wichtigkeit für alle Parteien und beteiligten Persönlichkeiten vielleicht nur ein Vorwand, die Kräfte aneinander zu messen. Aber zum Verständnis all der weiteren Vorgänge, die möglicherweise aus der gegenwärtigen Situation entstehen können, muß man doch etwas näher auf sie eingehen.

Bundesrat Schulthess, der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, hält eine Erhöhung der geltenden Milchpreise für nötig, wenn verhindert werden soll, daß die Milchproduktion in noch empfindlicherer Weise, als es bisher geschehen ist, zurückgeht. Eine Erhöhung von 32 auf 40 Rappen pro Liter wird für notwendig erachtet. Wer aber soll sie tragen? Schon heute genießen 600 000 Minderbemittelte den Vorzugspreis von 27 Rappen; die Differenz trug bisher die Eidgenossenschaft. Das Volkswirtschaftsdepartement sah einen sehr starken Widerstand der Sozialdemokratie gegen die Erhöhung voraus, und die herrschende radikal-demokratische Partei teilte die Angst vor dem sich immer wider und rücksichtsloser gebärdenden Proletariat. Dieses ist nämlich der Ansicht, daß die 600 000 Personen, die schon heute Vorzugspreise genießen, durchaus nicht alle die einschließen, deren Einkommen das starke Anschwellen der Lebensmittelpreise nicht trägt. Ein großer Teil der Arbeiter sowie der gesamte Mittelstand haben keine Lust, sich als „Minderbemittelte“ in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, und können andererseits kaum die neuen Lasten tragen. Das Volkswirtschaftsdepartement kam deshalb zu dem Vorschlag, daß der Bund und die Kantone zusammen die Milchpreiserhöhung tragen, eine jährliche Ausgabe von 50 Millionen Franken, die durch neue Besteuerungen der wohlhabenden Bevölkerung wieder eingebracht werden soll.

Dieser Vorschlag fand aber nicht die Billigung des Gesamtbundesrats. Die drei welschen Bundesräte Abor, Decoppet und Motta, von denen zwei politisch konservativ orientiert sind, waren der Auffassung, daß eine solche finanzielle Belastung des Staates weder zu verantworten noch auch notwendig sei. Man solle lieber den Kreis der Minderbemittelten weiter ziehen, etwa noch 2—300 000 Personen an den Vergünstigungen teilnehmen, alle andern aber den neuen Milchpreis zahlen lassen. In der beschlußfassenden Bundesrats Sitzung ronden die drei deutschen Bundesräte den drei Welschen gegenüber, und Präsident Colander gab seine ausschlaggebende Stimme den Welschen, deren Plan nunmehr zum Beschluß erhoben wurde. Ganz abgesehen nun von der Haltung der Parteien (die sozialdemokratische stellte sofort ein Ultimatum bis zum 11. April) ist die Stimmenspaltung im Bundesrat ein böses Vorzeichen. Bundesrat Schulthess zeigte wenig Lust, seine Niederlage im Kollegium schweigend hinzunehmen, und sorgte dafür, daß die Begründung seines Antrags, die ihn ja der Mehrheit des Volkes empfahl, öffentlich bekannt wurde. Damit aber wurde auch offenbar, daß der Bundesrat heute keine homogene Behörde mehr ist, ein Mißstand, der entweder schleunigst unter der Hand bereinigt, oder aber sehr sichtbar gelöst werden muß.

Der schweizerische Bundesrat ist bekanntlich nicht der Ausdruck einer parlamentarischen Mehrheit. Seine Mitglieder werden zwar von der Nationalversammlung gewählt, aber nach sehr gründlichen Vorverhandlungen unter Parteien und Landesteilen, so daß das Leben friedens willen von vornherein ein Ausgleich zwischen parteipolitischen und regionalen Interessen geschaffen ist. Nur die Sozialdemokratie verzichtet auf einen Bundesratsitz, wenigstens vorläufig, weil sie fürchtet, dadurch an propagandistischer Stoßkraft zu verlieren. Die Bundesratsmitglieder hatten sich auch insofern nicht für eine parlamentarische Regierung, als sie gegen etwaige Molestation ihrer Gesetzesvorschläge nicht besonders empfindlich sind. Sie stellen ein Direktorium, nicht eigentlich ein Ministerium dar, und das bewährt sich, solange die allgemeinen Zustände leidlich sind, oder so lange das Land von außenher so gefährdet erscheint, wie es in den ersten Kriegsjahren schien. Da herrschte denn auch unbedingte Einigkeit, keine Interessengegensätze traten zurück in der Sorge um die Sicherheit des Landes.

Diese Sorge ist jetzt vielleicht wieder besonders akut; aber dazwischen gab es Zeiten, in denen die wirtschaftliche Sorge, und damit die Interessengegensätze, Parteireibungen und vor allem auch Streitereien zwischen den Nationalitäten immer deutlich in den Vordergrund traten. Der Fall Hoffmann führte zu einer schweren Erschütterung des inneren Gefüges; schon damals glaubte man feststellen zu können, daß die Einheitlichkeit des Bundesrats bedenklich gelitten hatte. Hatte Hoffmann seine Befugnisse überschritten und dafür den Abschied nehmen müssen, so war die Art und Weise, in der die ganze Angelegenheit an die Öffentlichkeit gebracht wurde, einigermaßen peinlich, und man war geneigt, denen zu glauben, die da meinten, sachliche Gründe allein hätten den Abgang Hoffmanns nicht bewirkt. Auch das Ausschleiden des hochverdienten Bundesrats Forrer wurde vielfach als ein Zeichen des Verfalls der bundesrätlichen Einigkeit gedeutet, ohne die schließlich die außerordentlichen Vollmachten, mit denen man die oberste schweizerische Behörde zu Kriegsbeginn ausstattete, kaum noch fruchtbringend gelöst werden können.

So hat sich denn das schweizerische Parlament und namentlich die öffentliche Meinung bereits sehr deutlich für eine Entziehung oder mindestens Einschränkung dieser Vollmachten ausgesprochen. Weitere Verhandlungen werden über dieses Thema in der nächsten Frühjahrssession gepflogen werden. Einzelne Mißgriffe, wie sie in so schwieriger Zeit kaum vermeidbar sind, tragen an der Minderung des Vertrauens vermutlich geringere Schuld als das deutliche Hervortreten von inneren Unstimmigkeiten, die nach Ansicht vieler ein reibungsloses Zusammenarbeiten nicht mehr gestatten.

So ist denn die Milchfrage nur ein Symptom für das Uebel, an dem die schweizerischen Zustände augenblicklich krankten. Möglicherweise wird der offene Konflikt mit der Sozialdemokratie auch einmal vermieden. Um so schärfer werden sich die Gegensätze in der nächsten Session zuspitzen.

Man kann verstehen, daß das Schweizer Volk der Entwicklung der Dinge mit großer Sorge folgt. Die wirtschaftliche Ein-

schränkung wird immer ärger und auch politisch wird die Stellung der Schweiz immer gefährlicher, ob die Vorgänge im Westen nun der Entscheidung zugehen, oder ob auf weitere unbestimmte Zeit das Kräfteverhältnis der Kriegführenden in der Schweiz bleibt.